

# Personen und Ereignisse

Anlässlich des Weltmissionssonntags hat Papst Paul VI. am 19. Oktober vier bedeutende Vertreter des missionarischen Apostolats im 19. Jahrhundert seliggesprochen: den Gründer der Steyler Missionare, *Arnold Janssen*, einen seiner engsten Mitarbeiter, den aus Südtirol stammenden bedeutenden China-Missionar *Joseph Freinademetz*, die aus einem alten polnischen Adelsgeschlecht stammende, in Österreich geborene und aufgewachsene Gräfin *Maria Teresa Ledochowska*, die 1894 das Institut des Heiligen Petrus Claver gegründet hatte, sowie den südfranzösischen Bischof *Charles de Mazenod*, Gründer der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria.

Im Zusammenhang mit der nationalen ägyptischen Pilgerfahrt zum Heiligen Jahr hat Papst Paul VI. eine offizielle ägyptische Regierungsdelegation in Audienz empfangen. Die von dem Minister für die Angelegenheiten der Volksversammlung, *Albert Barsum*, geführte Delegation, der auch der erste Sekretär des Außenministeriums angehörte, überreichte dem Papst eine persönliche Botschaft von Präsident *Sadat*, in der dieser seine Glückwünsche zum Heiligen Jahr zum Ausdruck bringt. In einem nach der Begegnung veröffentlichten Kommuniqué hieß es, Paul VI. habe der ägyptischen Nation Wohlergehen und Erfolg bei den Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten gewünscht. Er habe die Bedeutung einer guten Entwicklung der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in Ägypten unterstrichen und die Hoffnung ausgesprochen, daß für die Heiligen Stätten in Jerusalem eine Lösung gefunden wird, die es möglich macht, daß sie zum Zentrum des Gebets, des Dialogs und der Verständigung für die Gläubigen der drei monotheistischen Weltreligionen werden.

Eine Union zwischen römisch-katholischer und anglikanischer Kirche erwartet der frühere Erzbischof von Canterbury, *Arthur M. Ramsey*, innerhalb der nächsten hundert Jahre. In der Gemeinschaft mit Rom würden die Anglikaner einen ähnlichen Status erhalten, wie ihn jetzt die unierten Orthodoxen haben. Auch das schwerste noch bestehende Hindernis für die Einheit, die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit, könne beseitigt werden, wenn man den Papst als das „Sprachrohr“ der Autorität verstehe, die der gesamten Kirche eigen ist. Prinzipiell einig sei man sich in der Frage der Ehescheidung, wenn auch in der anglikanischen Kirche eine laxere Praxis vorherrsche. Der Anerkennung der anglikanischen Weihen stünde nach den Ergebnissen der Arbeit der anglikanisch-römisch-katholischen Theologenkommision nichts mehr im Wege. In der Frage der Ordination von Frauen wies Ramsey jede Praxis zurück, die gesamtkirchlichen Entscheidungen vorgreift.

Zum neuen Generalvikar für West-Berlin hat der Bischof von Berlin, Kardinal *Alfred Bengsch*, den bisherigen Pfarrer der St.-Bonifatius-Gemeinde in Kreuzberg, *Johannes Tobei*, ernannt. Tobei wird Nachfolger des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen *Wilhelm Albs*. Die Vertretung des Berliner Bischofs innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz wird bis auf weiteres Albs wahrnehmen.

Während einer Europareise wurde dem Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile, *Helmuth Frenz*, von den chilenischen Behörden die Aufenthaltsgenehmigung entzogen und damit die Rückkehr zu seinen Gemeinden und zu seiner Familie verwehrt. Noch im Juni hatte Junta-Chef *Pinochet* dem Antrag der abgespaltenen lutherischen Mehrheitskirche, Frenz auszuweisen, sein Placet verweigert. Frenz, seit 1965 zuerst als Pfarrer und seit 1971 als Bischof von Santiago in Chile tätig, war durch die Betreuung politisch Verfolgter nach der Machtübernahme der Militärs im September 1973 weltweit bekannt geworden. Er zählt zu den Gründern des „Komitees für den Frieden“, in dem fast alle Kirchen Chiles mitarbeiten.

In einem Vortrag auf der Christlichen Friedenskonferenz, die in Siofok (Ungarn) stattfand, hat der amerikanische Theologieprofessor *James Will* (Princeton) die Auffassung vertreten, die Kirchen in den sozialistischen Ländern sollten ihre Zurückhaltung aufgeben und wieder „prophetisch“ sprechen. Eine Periode des Schweigens als Reue für die frühere Vernachlässigung des Proletariats und als Zeichen der grundlegenden Solidarität mit der neuen sozialistischen Gesellschaft sei angemessen gewesen. Es dürfe aber nicht dabei bleiben, daß marxistische Philosophen mit mehr Mut von der im Sozialismus herrschenden Entfremdung sprechen wie die Kirchen über den Sinn, der in ihnen weiterlebt. Die Kirchen hätten auch in den sozialistischen Ländern eine Verantwortung für die Gerechtigkeit. Der Vortrag löste eine heftige Debatte aus und stieß bei Vertretern aus dem Osten und aus der Dritten Welt auf die erwartete massive Kritik.

Die Ursuline *Judith Anne Barnhiser*, die im Mai zusammen mit der Dominikanerin *Lucy Vazquez* als erste amerikanische Frau den Dokortitel im Kirchenrecht erwarb, ist jetzt auch die erste Frau der USA, die als Anwältin und Notarin an einem Diözesengericht tätig ist. Bischof *John A. Donovan* von Toledo erteilte ihr die dafür notwendige Erlaubnis.

In Zusammenarbeit mit der amerikanischen christlichen Aktion „Brot für die Welt“ brachten *Mark Hatfield* im Senat und *Donald Fraser* im US-Repräsentantenhaus eine Resolution ein, derzufolge „jede Person in diesem Land und auf der ganzen Welt das Recht hat zu essen — das Recht auf eine dem Ernährungszustand entsprechende Versorgung“. Damit soll den bisherigen Beteuerungen der Politiker, denen kaum die entsprechenden Maßnahmen folgten, in die Tat umgesetzt werden. Die ausführliche Resolution erhebt das Recht auf Ernährung zum „Eckstein der Politik der USA“ und zur Richtschnur der Politik, sei es im „Handel, der Wirtschaftshilfe, der Währungsreform, der Militärausgaben“.

Mehr als drei Jahre nach einer aufsehenerregenden Anzeige, mit der die amerikanischen Trinitarier (Orden von der Heiligsten Dreifaltigkeit) im Magazin „Playboy“ für Nachwuchs warben, hat diese Aktion erneut Staub aufgewirbelt. Der damalige Initiator, Pater

*Joseph Lupo*, distanzierte sich von einer in mehreren amerikanischen Zeitungen erschienenen Großanzeige, in der der „Playboy“ mit dem angeblichen Erfolg der im Januar 1972 veröffentlichten Anzeige um weitere Anzeigenkunden warb. Der Protest richtet sich sowohl gegen unrichtige Behauptungen als auch gegen den Stil der Anzeige und die Tatsache, daß der Orden von der Verwendung der ursprünglichen Anzeige in einer neuen Werbekampagne des Magazins nicht informiert wurde. In den neuen „Playboy“-Anzeigen heißt es, der Orden habe aufgrund der damaligen Annonce 600 Bewerbungen erhalten, während er bis dahin jährlich nur durchschnittlich 5 neue Ordensaspiranten gewinnen konnte. Dazu erscheint das Foto eines jungen Priesters mit einem Exemplar des Magazins in der Hand und dem Zusatz: „Ich las den ‚Playboy‘ und fand Gott“. Der Orden will es bei dem Protest und der Klarstellung bewenden lassen, daß es sich nicht um 600 Bewerber, sondern lediglich um 600 Anfragen gehandelt hat. Die genaue Zahl der wirklich durch die damalige Aktion für den Orden Gewonnenen ist nicht bekannt.

Der Präsident der Rabbiner-Vereinigung von Philadelphia, *Morris V. Dembowitz*, sprach in einem Brief an den katholischen Kardinal von Philadelphia, *John Krol*, im Namen seiner Vereinigung das Bedauern darüber aus, daß den „positiven Aspekten der Reise des Kardinals nach Israel nicht Lob und Anerkennung in dem Maße gegeben worden seien, wie es ihnen zugestanden habe“. Der Kardinal war kritisiert worden, weil er bei einem anschließenden Aufenthalt in Jordanien bei einer Pressekonferenz auf die Frage, ob *Yasir Arafat* die Palästinenser in der UNO vertreten könne, geantwortet hatte: „Warum nicht?“ Sehr differenziert hatte er dann die Antwort erläutert. Diese wenigen Aussagen überschatteten in der amerikanischen Presse die Berichte über die gesamte Reise, so daß sich die jüdische Vereinigung von Philadelphia jetzt zu einer nachträglichen Ehrenrettung des Kardinals veranlaßt sah.

Von den Auseinandersetzungen um die Sezession der Salomoneninsel Bougainville von dem soeben von australischer Mandatsherrschaft unabhängig gewordenen Papua-Neuguinea bleibt die katholische Kirche nicht verschont. Während der Bischof von Bougainville, *Gregory Singkai*, die vorzeitige Ausrufung der Unabhängigkeit der rohstoffreichen Insel mit der Begründung befürwortete, sie entspreche dem offensichtlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung, verurteilten die übrigen Bischöfe Papua-Neuguineas diesen Schritt. Der Loyalitätserklärung der Bischöfe war ein scharfer Angriff des Ministerpräsidenten, *Michael Somare*, gegen Bischof Singkai vorausgegangen, der des Verrats und der Meuterei beschuldigt wurde. Die Stellungnahme von Bischof Singkai ist allein deshalb von großer Bedeutung, weil 75% der bis 1914 deutschen Insel katholisch sind.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.